



SP Frauen Schweiz
Femmes socialistes suisses
Donne socialiste svizzere

Die Minarettverbotsinitiative

Kein Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz!

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	1
2. MuslimInnen in der Schweiz	1
3. Gleichstellung und islamische Migration	2
3.1 Grundposition	2
3.2 Minarette und die Gleichstellungspolitik	2
3.3. Recht auf Bildung – gegen Schulausschluss	2
3.4 Verschleierung	2
3.5 Politische Rechte	2
4. Die SP ist die Gleichstellungspartei	3
5. Die Minarettinitiative ist reine Symbolpolitik	3

1. Ausgangslage

Die SVP Schweiz begründet ihre Minarettverbotsinitiative mit dem Schutz der Schweiz vor islamischem Extremismus, der vor allem auch die Schweizer Frauen bedrohe. Deshalb sei es besonders unter dem Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter unabdingbar, Minarette zu verbieten. Minarette seien ein Symbol der Dominanz, die Herrschaftskreise absteckten und zeigten, dass eine schleichende Islamisierung der Schweiz eintrete und die verankerten Grundwerte, wie die Demokratie, die Gleichstellung der Geschlechter und die Achtung der Menschenrechte gefährde.

2. MuslimInnen in der Schweiz

Das Zelebrieren der religiösen Identität ist das Hauptmerkmal der konservativen islamischen Kräfte und hat wenig mit den in der Schweiz lebenden MuslimInnen zu tun, wie Studien, wie der Bericht der „Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus“ (EKR, 2006) deutlich belegen: Die überwiegende Mehrheit der circa 330'000 MuslimInnen in der Schweiz ist klar verfassungs- und demokratiefreundlich eingestellt und hat sich bestens in unsere Gesellschaft integriert. Werden MigrantInnen jedoch in erster Linie als MuslimInnen und nicht als Individuen wahrgenommen, spielt dies ExtremistInnen in die Hände. Dies ist keine neue Entwicklung, sie hat jedoch bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA erneute Schubkraft erhalten. Europäische Behörden waren gegenüber fundamentalistischen IslamistInnen vor dem 11. September 2001 eindeutig zu nachlässig, das bedeutet aber keinesfalls, dass heute im Gegenzug alle MuslimInnen als potentielle FundamentalistInnen behandelt werden sollen.

Generell gilt die Aussage, dass wenn von der komplexen Persönlichkeit eines Menschen nur die religiöse Identität wahrgenommen wird, ein Nährboden für Ausschluss, Parallelgesellschaften und Extremismus geschaffen wird. Das ist auch die Gefahr bei der aufgeheizten Diskussion rund um die Minarettinitiative.

3. Gleichstellung und islamische Migration

3.1 Grundposition

Menschenrechte sind nicht verhandelbar – auch nicht in der Schweiz. Jede Person hat von Geburt an Rechte, die ihr unabhängig des Geschlechts oder der Religion, etc. zustehen.. Jede Person hat bspw. ein Recht auf einen unversehrten Körper. Genitalverstümmelungen müssen bestraft werden und Gewalt in Ehe oder in Partnerschaften sind nicht tolerierbar. Jeder Mensch hat das Recht zu heiraten, Zwangsheiraten können nicht mit Traditionen gerechtfertigt werden.

Menschenrechtsverletzungen müssen offen benannt und unparteiisch behandelt werden. Die Gefahr liegt im kulturellen Relativismus oder in der Unterstützung einer überholten patriarchalen Grundhaltung, die den Menschenrechten, die eben auch Frauenrechte sind, widerspricht.

Durch den Beitritt zu internationalen Abkommen und deren Ratifizierung, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder die Konvention gegen die Diskriminierung der Frau verpflichtet sich die Schweiz zu deren Einhaltung und Umsetzung in der Schweizerischen Rechtspraxis. Die demokratische Basis und die Verfassung in der Schweiz müssen von allen respektiert werden, egal welcher kulturellen, politischen, sozialen oder religiösen Prägung eine Person angehört. das gilt für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

3.2 Minarette und das Gleichstellungsgebot

Die Glaubensfreiheit verlangt, dass in der Schweiz ansässige Menschen ihre Religion uneingeschränkt praktizieren können. Das beinhaltet auch das Recht auf religiöse Bauten (Kirchen, Moscheen, Synagogen) sowie die Anlage von Friedhöfen. Als Bewilligungsgrundlage für religiöse Bauten dienen die bau- und planungsrechtlichen Vorgaben. Gleichstellung kann da berücksichtigt werden, indem gleiche Zugänge und Räume für Frauen und Männer erstellt werden.

3.3 Recht auf Bildung – gegen Schulausschluss

Die Beispiele, dass Mädchen und Jungen vom **Schwimmunterricht** oder von der Schulreise dispensiert werden sollen, sind nicht neueren Datums. Aber es brauchte eine langjährige Debatte in der Schweiz, die das Schulobligatorium und das Recht auf Gleichheit für alle - auch in den Köpfen der Schulbehörden und StadtpräsidentInnen - verankerte.

So ist es für die SP klar, dass niemand aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht oder der Schulreise dispensiert werden darf.

3.4 Verschleierung

Bei den Kleidervorschriften verfolgt die SP eine liberale Linie. Sie interveniert dann, wenn es um Verletzungen von Grundrechten von Frauen geht oder wenn der öffentliche Dienst betroffen ist. In unserem laizistischen Staat darf weder in der Schule/Universität noch im öffentlichen Dienst ein Kopftuch als religiöses Zeichen getragen werden. Die Frage der Burka, also der Ganzkörperverschleierung, die eine Person gänzlich unkenntlich macht, ist für die Schweiz nicht drängend, weil es kaum Burka-tragende Frauen gibt. Trotzdem ist ein Verbot einer derart unwürdigen Massnahme zu diskutieren, jedoch ohne zu vergessen, dass es dazu Begleit-, Sensibilisierungs- und emanzipatorische Massnahmen braucht.

3.5 Politische Rechte

Wenn von Migrantinnen und Migranten zu Recht die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben gefordert wird, so ist es nichts als konsequent, ihnen auch die politischen Rechte einzuräumen. Dies ist für die Integration und auch die Identifikation mit der Schweiz von zentraler Bedeutung und das beste Mittel, um den Migrantinnen und Migranten ein besseres Zugehörigkeitsgefühl zu geben. Die Gewährung von politischen Rechten soll deshalb auch nicht als Belohnung verstanden werden, sondern als Verpflichtung, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

4. Die SP ist die Gleichstellungspartei

Die SP setzt sich seit Jahrzehnten für die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Ziel ist die Chancengleichheit. Soziale, auf das Geschlecht fixierte Rollen, welche den Frauen soziale und gesellschaftliche Nachteile bringen, müssen aufgelöst werden. Erste grundlegende Ansätze dazu sind die Anerkennung der Gleichwertigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie deren gleichmässige Verteilung auf Männer und Frauen. Zudem muss die Gesellschaft als Ganzes ihren Teil der Verantwortung für die Familie und die Kinder übernehmen. Darum will die SP mehr und bezahlbare Krippenplätze, mehr Kitas und höhere Kinderzulagen. Sie setzte sich erfolgreich für einen (wenn auch noch zu kurzen) Mutterschaftsurlaub ein und möchte diesen nun als Elternurlaub verlängern und auch Vätern ermöglichen. Der Vaterschaftsurlaub und die Teilzeitarbeit von Männern, für welche sich die SP schon lange stark macht, ermöglichen es erst, dass auch Väter unbezahlte Familienarbeit übernehmen können.

Die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Lohngleichheit ist eine weitere wichtige Massnahme für die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, bei der die SP nicht locker lässt. Sie fordert zudem die sach- und geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Mittel und zivilstandsunabhängige Steuer- und Sozialversicherungsgesetze. So hat die SP erfolgreich die Eintrittsschwelle für die Pensionskasse herabgesetzt und kämpft seit Jahren für eine 11. AHV-Revision, die nicht auf Kosten der Frauen spart.

Mit ihrer Aufklärungsarbeit hat die SP häusliche Gewalt zur öffentlichen Angelegenheit gemacht und massgeblich dazu beigetragen, dass häusliche Gewalt endlich nicht mehr als Kavaliersondern als Officialdelikt wahr genommen wird. Soll der Kampf gegen die sexualisierte Gewalt wirklich erfolgreich sein, braucht es frühzeitige Sensibilisierung über die sozialen Rollen von Frau und Mann und den gezielte Abbau aller Machtungleichgewichte zwischen den Geschlechtern in allen gesellschaftlichen Belangen!

Damit wirklich keine Frau mehr materiell von einem Mann anhängig ist und kein Mann mehr gezwungen ist, allein für das materielle Wohlergehen der ganzen Familie aufzukommen, dafür aber Zeit für fürsorgliche Arbeit innerhalb der Familie hat, müssen die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Eine solche Politik bringt Frauen aus allen Kulturen, die in der Schweiz leben, bessere Lebensbedingungen – ganz im Gegensatz zur SVP-Minarett-Verbotsinitiative.

5. Die Minarettinitiative ist reine Symbolpolitik

Das angebliche Engagement der SVP für die Gleichstellung der Geschlechter mit der Minarett-Verbotsinitiative ist an Absurdität kaum zu überbieten. Fakt ist: Die SVP kämpft überall da, wo der Staat, demokratisch legitimiert, Gleichstellung herstellen soll dagegen. Sie will land auf land ab die Gleichstellungsstellen auflösen, gesetzliche Vorschriften für die Gleichstellung sind ihr ein Dorn im Auge und sie weigert sich konsequent die Mittel für deren Umsetzung zu sprechen. Konkret widersetzt sich die SVP jeglichen Massnahmen zur Erreichung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann und will die Kinder-, Familien- und SeniorInnenbetreuung allein den Frauen überlassen. Frauen als Mütter werden der privaten Sphäre und der Familie zugeordnet und Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf systematisch boykottiert. Das ist eine konservativ-reaktionäre Politik für eine heile Schweiz, die es so gar nicht gibt, nie gegeben hat! Die SVP ignoriert das Gleichstellungsgebot in der Verfassung. Dieses gilt für sie aber ebenso wie für die Einwanderer und Einwandererinnen aus patriarchalen Kulturkreisen. Stattdessen schürt sie bei jedem internationalen Abkommen die Angst der einfachen Leute, von fremden Mächten bestimmt zu werden, selbst dann wenn diese Abkommen die Menschenrechte und die Gleichstellung garantieren sollen.

Die SVP setzt in ihrer Politik vor allem auf Ausschluss und Geschlechterdiskriminierung, obwohl die Schweiz seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland ist, das seinen Wohlstand auch den Leistungen der MigrantInnen und den gratis oder unterbezahlt arbeitenden der Frauen verdankt.

Die Minarettverbotsinitiative

Kein Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz!

16. Oktober 2009/ Barbara Berger

Die SVP ist in ihrer Argumentation, mit der Minarett-Verbots-Initiative die Menschenrechte und die Rechte und Freiheit der Frauen in der Schweiz zu schützen, absolut unglaubwürdig. Das Gegenteil ist nämlich der Fall: Die Verbots-Initiative selbst verletzt die Menschenrechte und die Verfassung. Sie malt ein schwarz-weisses Bild und grenzt ganze Bevölkerungsgruppen aus. Damit polarisiert sie die Schweiz und schafft geradezu den Nährboden für Extremismus. Die SP setzt dieser unsinnigen Politik eine Politik der Integration und der Gleichstellung gegenüber. Zum Wohle der Frauen und Männer in diesem Land.